

Protokoll der 12. Sitzung**Dienstag, 8. Dezember 2020, 19.00 - 21.30 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Markus Notter, Präsident

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin Stv.

StimmzählerIrene Egli
Jasmin Maron (Ersatz)

Präsenz

Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 19.

Entschuldigt sind Jürg Kaufmann, Esther Wahl, Wolfgang Schibler.

Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurückgetretenen Thomas Meier
2. Ersatz von diversen Wasserleitungen und Strassenbelagsflächen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs. Kreditbegehren
3. Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen. Realisierung temporäre Traglufthalle zur Winternutzung des Freibads. Kreditbegehren
4. Postulat Heidi Niedermann, CVP: Vernetzung auf der Plattform Crossiety. Bericht und Antrag
5. Postulat Werner Schenker, Grüne: Bäume für Buchs im öffentlichen Raum. Bericht und Antrag
6. Postulat Marius Fedeli, SP, betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)
7. Postulat Samuel Hasler, SVP, betreffend Begradigung und Entwässerung des Bärenplatzes
8. Eingänge
9. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurückgetretenen Thomas Meier**Wahlvorschlag**

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Marius Fedeli hat an der ZHAW Umweltingenieur studiert. Er ist zudem in der Jugendkommission, also sehr engagiert in unserem Dorf. In der Pfadi führte er die Kassen. Aktuell ist er bei Naturnetz als Projektleiter für die Offertstellung und Rechnungskontrolle zuständig. Ich kann nur betonen was Jost Köchli bereits geschrieben hat, er ist ein sehr engagierter Macher, wird sich in der Kommission sicher sehr einsetzen und gewissenhaft an die ihm anvertrauten Geschäfte herangehen. Ich kann ihn wärmstens zur Wahl empfehlen.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	37	
leer und ungültig	2	
gültige Stimmzettel	35	Absolutes Mehr 18

Stimmen haben erhalten:

Marius Fedeli	33
Vereinzelte	2

Gewählt ist mit 33 Stimmen Marius Fedeli.

Wahlannahmeerklärung

Marius Fedeli erklärt Annahme der Wahl.

Ersatz von diversen Wasserleitungen und Strassenbelagsflächen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 3. November 2020)

Herr Roman Häusler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Ich präsentiere euch das Kreditbegehren des Gemeinderats für diverse Wasserleitungen und Strassebelagsflächen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs. Die Eniwa plant den Zusammenschluss der Fernwärmeleitungen ab Wynenfeld bis Abwasserreinigungsanlage in Aarau. Die Fernwärmekanäle verlaufen mehrheitlich unter den Strassen und deshalb werden dort grosse Kanäle aufgemacht. Die Linienführung ist von der Oberholzstrasse bis zur Querung Aaretalstrasse. D. h. von Gurtner Metallbau, C&A-Verteilzentrum übers Risiacher, den Kindergarten Triesch, unter der Eisenbahn durch, über den Autobahnzubringer Richtung Rohr. In der FGPK kam die Frage auf, warum eine Zickzack-Linie gewählt wird. Dies wird so gemacht, weil die Eniwa diesen Weg will und auch nur dort die Strassen öffnet. Das Wassernetz wird grundsätzlich nicht präventiv erneuert. In diesem Zusammenhang macht es aber Sinn. Die Leitungen wurden zwischen 1937 und 1955 erstellt, d. h. sie sind zwischen 60 und 80 Jahre alt. Einzig die Leitung im Triesch wurde 1971 erstellt. Diese wird auch ersetzt, da sie zu klein dimensioniert ist. Für die Wasserversorgung sind Fr. 363'965.81 vorgesehen. Dieser Betrag versteht sich exklusiv Mehrwertsteuer, da der Eigenwirtschaftsbetrieb vorsteuerabzugsberechtigt ist. Der Strassenbauteil kostet Fr. 112'911.70 (inkl. MwSt.). Der Anteil der Wasserversorgung kann aus den Mitteln des Eigenwirtschaftsbetriebs finanziert werden. Der Strassenbau wird über die Investitionsrechnung finanziert. Da es ein grosser Auftrag ist, muss dieser öffentlich ausgeschrieben werden. Ende November 2020 wurde dies bereits gemacht, da die Eniwa bereits ab Herbst 2021 Abonnenten von Wärme hat.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden):

1. Für den Ersatz von diversen Wasserleitungen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 365'000.-- exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 4. Quartal 2020) zulasten der Investitionsrechnung, Konto 7101.5030.28, zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.
2. Für den Ersatz von diversen Strassenbelagsflächen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 115'000.-- inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 4. Quartal 2020) zulasten der Investitionsrechnung, Konto 6150.5010.26, zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Markus Notter: Wenn die Eniwa die Strassen für die Fernwärmeleitungen öffnet sind dies einerseits günstige Synergien für uns. Wie sieht es jedoch mit der Kostenbeteiligung der Eniwa aus. Übernehmen sie auch einen Teil der Kosten?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Heute ist es allgemein üblich, dass bei Strassen- und Werkleitungsanierungen die jeweiligen Werke ihren Anteil am Aushub und der Instandstellung etc. übernehmen. Mittlerweile funktioniert dies einwandfrei und ist Usus.

Antrag

1. Für den Ersatz von diversen Wasserleitungen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 365'000.-- exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 4. Quartal 2020) zulasten der Investitionsrechnung, Konto 7101.5030.28, zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.
2. Für den Ersatz von diversen Strassenbelagsflächen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 115'000.-- inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 4. Quartal 2020) zulasten der Investitionsrechnung, Konto 6150.5010.26, zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

1. Dem Verpflichtungskredit von Fr. 365'000.-- exkl. Mehrwertsteuer für den Ersatz von diversen Wasserleitungen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs wird einstimmig mit 37 : 0 Stimmen zugestimmt.
2. Dem Verpflichtungskredit von Fr. 115'000.-- inkl. Mehrwertsteuer für den Ersatz von diversen Strassenbelagsflächen im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in Buchs wird einstimmig mit 37 : 0 Stimmen zugestimmt.

Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen. Realisierung temporäre Traglufthalle zur Winternutzung des Freibads. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 10. November 2020)

Herr Andreas Burgherr, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Zum Traktandum zur Realisierung einer temporären Traglufthalle für die Winternutzung des Schwimmbads konnte man schon einiges in der Zeitung lesen. Es ging schon viel seitens Aarefisch, aarau regio und von der Zeitung herum. Auch die FGPK hat das Thema kontrovers und eingehend diskutiert. Es war auch emotional. Wir entscheiden nun ob wir den Kredit sprechen wollen oder nicht. Ich versuche die Fakten so nüchtern als möglich darzulegen. Aktuell gibt es zu wenig Schwimmbäder für die Winternutzung. Primär betrifft dies den Leistungssport, die Schulen, aber auch Familien und die Freizeitgestaltung. Die Schwimmbäder sind oft gut oder überbelegt. Zudem gibt es in der Region kein 50 Meter Indoor-Becken. Die bestehenden näheren Hallenbäder im Telli, Baujahr 1974, und das Hallenbad in Entfelden, Baujahr ca. 1970, sind die einzigen. Seither wurden keine neuen Bäder gebaut. Die Bevölkerung ist jedoch in dieser Zeit gewachsen, somit ist der Bedarf eigentlich klar. Somit kam die Idee auf, das Schwimmbad mit einer Traglufthalle zu überdachen. Es gab bereits 2017 ein Projekt. In diesem wurde geprüft, ob das ganze Freibad überdacht werden könnte. Dies ist jedoch leider nicht realisierbar aufgrund der Kosten und aus baurechtlichen Gründen. Ein grosser Teil der Nichtschwimmerbecken ist ausserhalb der Gewässerabstandslinie. Sonderbewilligungen werden dafür keine erteilt. Der kleine Spickel oberhalb des 50 Meter Beckens, welcher ausserhalb der Gewässerabstandslinie liegt, gab schon genügend Diskussionen. Aktuell liegt nun ein Projekt für eine Traglufthalle über dem 50 Meter Schwimmerbecken vor. Eine Traglufthalle ist im Prinzip eine Hüpfburgmatratze über dem Schwimmbad, welche mit Luft aufgepumpt wird. Das Gebläse bläst konstant Luft in die Halle, damit der "Ballon" oben bleibt. Beim Eingang werden deshalb spezielle Schleusen verwendet, damit die Luft nicht entweichen kann. Natürlich gibt es auch ein Notstrom-Aggregat, welches bei einem Stromausfall sofort anspringen würde, damit die Halle nicht "einsinkt". Es handelt sich um eine erprobte Technik, welche bereits in anderen Freibädern zur Anwendung kommt. Vom oberen Garderobengebäude würde wahrscheinlich ein Tunnel zur Halle führen. Mit der Halle alleine ist es nicht gemacht. Auch die Garderobe müsste wintertauglich gemacht werden. Ein Teil dieser Investitionen kann man als vorgezogene Investition der Garderobenanlage gegenrechnen. Auch der energetische Aspekt ist nicht zu unterschätzen. Bis jetzt werden die Schwimmbecken mit Fernwärme der Eniwa resp. der KVA geheizt. Aktuell läuft eine Umrüstung von Dampf- auf Warmwasserwärmetauscher. Diese Umrüstung erfolgt im Zusammenhang mit dem Netzausbau der Eniwa, welche neu auch Warmwasser anbieten möchte statt nur Dampf, welcher nur für Grossabnehmer und industrielle Betriebe nützlich ist. Der Dampf, welcher weit über 100 Grad heiss ist, wird zur Stromerzeugung oder für industrielle Abnehmer verwendet. Nach der Verwendung des Dampfes und der Stromgewinnung bleibt immer noch heisses Wasser, welches reicht, um ein Schwimmbecken oder einen Heizkreislauf in einem Gebäude zu beheizen. Ob das ganze energetisch sinnvoll ist? Solange eine Überkapazität vorhanden ist und mehr Energie anfällt als im Netz nutzbringend abgegeben werden kann, kann diese Energie auch gut für ein Schwimmbad verwendet werden. Durch die Umrüstung wird die Kapazität tendenziell eher weiter steigen. Und solange diese Überkapazität vorhanden ist, denke ich ist es vertretbar auch eine energetisch nicht optimale Traglufthalle zu beheizen. Wenn das Netz dann ausgelastet ist, macht es keinen Sinn mehr. Bis dahin haben wir aber hoffentlich eine andere Lösung. Auch die Nutzung wurde kontrovers diskutiert. Das Nutzungskonzept ist nicht abschliessend geklärt. Eines ist jedoch klar, mit einer Schulklasse wird keiner dort schwimmen gehen. Es wird eine Halle für Streckenschwimmer und für den Aarefisch, welcher Leistungsschwimmen trainiert. Momentan müssen diese in den bestehenden Anlagen schwimmen. Sobald die Ausweichmöglichkeiten geschaffen sind, könnte aber eine Nutzungsverlagerung und bei cleverer Planung eine Kapazitätserhö-

hung der bestehenden Bäder geschaffen werden. Die Umsetzung liegt jedoch nicht in unserer Hand. Wir können lediglich die Möglichkeit zur Nutzungsverlagerung schaffen. Der Aufwand wird auf rund 3 Mio. Franken geschätzt. Man geht davon aus, dass sich der Swisslos-Fond mit einem Betrag von Fr. 750'000.-- beteiligt. Wie wir in der FGPK jedoch erfahren haben, ist dieses Geld nicht definitiv zugesichert. Es wurden auch Hochrechnungen gemacht, wie viel die Mehreinnahmen im Winterbetrieb sein könnten. Zudem ist man darauf angewiesen, dass nicht nur die Standortgemeinden Suhr, Buchs, Gränichen und auch Aarau ihren Anteil bezahlen. Weiter ist unklar was der Auf- und Abbau genau kostet oder wo die Halle gelagert wird. All diese Punkte sind nicht abschliessend geklärt. Wir wissen jedoch, dass wir heute über einen Kreditantrag von fix Fr. 410'000.-- abstimmen. Bei allfälligen Fehlbeträgen muss aarau regio resp. die Trägergemeinschaft für dieses Projekt Geldgeber finden, damit es finanzierbar ist. Klar ist auch, dass bei einer Ablehnung von uns das Projekt hinfällig ist. Es stellt sich also die Grundsatzfrage: Wollen wir die Schwimmsportkapazität für das Winterhalbjahr im Rahmen dieses aarau regio Projekts ausbauen oder nicht. Und ist uns dieses Projekt einmalig Fr. 410'000.-- und jährlich Fr. 40'000.-- wert?

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 4 : 2 Stimmen (bei 1 Enthaltung), den Antrag "für den Beitrag der Gemeinde an die Realisierung der Traglufthalle des Schwimmbads Suhr-Buchs-Gränichen sei ein Verpflichtungskredit von gerundet Fr. 410'000.-- zu bewilligen" abzulehnen.

Diskussion

Frau Denise Zeller Xenaki: In den Erwägungen Punkt 4 heisst es "es handelt sich für den Sport und die Schule um ein wichtiges Projekt, mit welchem in Bezug auf die Schwimmflächen auch ein Beitrag zur Erfüllung der Vorgaben für die Schulen gemäss Lehrplan 21 geleistet wird". Für die CVP ist es äusserst relevant, dass neben dem Profisport und der Bevölkerung auch die Schülerinnen und Schüler der Kreisschule Aarau-Buchs von diesem erweiterten Nutzen profitieren. Wurde die Kreisschule Aarau-Buchs ins Projekt involviert? Hat die KSAB ein Interesse, dieses Angebot zu nutzen? Momentan findet der Schwimmunterricht im Hallenbad Telli statt. Und wenn ja, gibt es ein Konzept zur Nutzung dieser Traglufthalle?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Für die Schulen stehen Wasserflächen und -zeiten zur Verfügung während 5 bis 6 Stunden pro Tag. Es wurden keine weiteren Konzepte mit der Schule erarbeitet. Die Flächen, welche zur Verfügung stehen, können genutzt oder eben nicht genutzt werden. Ich kenne die Details des Lehrplans 21 nicht genau. Das Wasser spielt aber eine wichtige Rolle und die Schulen müssen den Schwimmunterricht anbieten. Es kann jedoch keine Verpflichtung daraus generiert werden, dass die Gemeinden die Möglichkeit zum Schwimmen schaffen müssen, dies würde den Rahmen sprengen. Es wäre ein Angebot für die Schulen, welches beim Zustandekommen des Projekts weiter konkretisiert werden muss.

Frau Barbara Fäh: Uns hat ebenfalls die Frage des Beitrags zugunsten des Lehrplans 21 beschäftigt. Ich habe mich informiert. Die Schwimmkompetenz ist bereits ab Zyklus 1 hinterlegt, d. h. Kindergarten bis 2. Klasse. Es wird gefordert, im brusthohen Wasser schwimmen zu lernen, was durch die Traglufthalle nicht gegeben ist. Unsere weitere Überlegung war dann, dass bereits im Kindergarten Ausflüge in die Schwimmbäder Telli oder Entfelden gemacht werden müssen. Alle mit kleinen Kindern wissen, dass eine solche Lektion wohl zu einem Halbtagesausflug führen würde. Daher erachten wir es als nicht realistisch, dass dieses Projekt einen Beitrag zur Umsetzung des Lehrplans 21 sprich zur Schwimmkompetenz leistet.

Herr Dieter Stüssi: Ich lüfte kein Geheimnis, wenn ich sage, dass Werner Schenker und ich nicht immer auf der selben Linie sind. Aber, was er uns hingelegt hat ist deutlich und ich danke ihm dafür, dass er mit seinem Postulat ganz klar auf die Situation hinweist. Nämlich auf eine fatale Überschuldung der Gemeinde Buchs. Mit einer solchen Überschuldung können zwei Sachen gemacht werden. Entweder man treibt das ganze weiter oder man unterscheidet in dieser Situation zwischen Wunsch und Muss. Ich bin der Auffassung, dass wir uns nur noch auf das Muss konzentrieren können und Wünsche zurückgesteckt werden müssen. Sonst wird die Situation noch fataler.

Herr Martin Gysi: Die EVP Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag. Ich möchte die Gründe kurz erläutern. Der erste und wichtigste Grund ist die fehlende Trainingskapazität im Schwimmsport während dem Winterhalbjahr. Im Sommer stehen 7 Bäder in Schönenwerd, Küttigen, Biberstein, Auenstein, Aarau, Entfelden und bei uns zur Verfügung. Im Winter sind es nur zwei, wobei das Hallenbad Telli vorwiegend durch die Kantonsschule genutzt wird. Der Bedarf ist somit klar. Auch wenn es nicht um ein "Spasbad", sondern um eine Sportanlage geht, denke ich, dass durch die Nutzungsverlagerung aus den anderen Bädern auch Familien einen Nutzen davon haben. Das Projekt ist auch sinnvoll, da bereits bestehende Infrastrukturen genutzt werden. Grundsätzlich ist es ja gut, wenn bereits getätigte Investitionen gut genutzt werden. Ein neues Schwimmbad würde mehr kosten. Zum Dritten: Die Traglufthalle ist kein Minergie-Bauwerk. Da das Schwimmbad aber durch die KVA beheizt wird und trotz dem gegenwärtigen Ausbau der Fernwärmeverteilung auch weiterhin nicht die gesamte Wärmeproduktion genutzt werden kann, macht es Sinn, statt diese Wärme direkt in die Luft zu lassen, sie zuerst durchs Badi-Wasser zu leiten. Daher ist es auch sinnvoll, dieses Projekt hier bei uns zu realisieren, da sonst die Fernwärme gar nicht genutzt werden könnte. Schliesslich zum finanziellen Aspekt: Es ist klar, wir sind in keiner komfortablen Lage. Ich möchte aber festhalten, dass der Kreditbetrag ein Maximalbetrag ist, welcher sicher nicht überschritten wird. Fehlbeträge müssten entweder durch andere Quellen gedeckt werden oder das Projekt kommt nicht zu Stande. Kurz zusammengefasst geht es wirklich darum, ob wir die Kapazitäten im Winterhalbjahr als regionales Projekt unterstützen und so ermöglichen, dass der Schwimmsport bei uns ausgeübt werden kann. Und ist es uns die entsprechenden Beträge wert? Die EVP Fraktion findet ja, es ist eine sinnvolle Investition in den Sport.

Herr Tobias Studiger: Wie in der AZ zu lesen war, ist die FDP Fraktion für dieses Projekt. Wir anerkennen zwar den hohen Preis und dass das Projekt Gegner hat, aber wir gewichten dies etwas anders. Wir unterstützen dieses Projekt, weil es eine Investition für den Sport, die Gesundheit und das Gemeinwohl ist, was durchaus zu positiven Effekten führen kann. Diese Halle setzt ein Zeichen für einen attraktiven Wohnort, sie entwickelt und gestaltet unsere Gemeinde sowie die Nachbargemeinde Suhr. Es wird ein zusätzliches Angebot für die Wintermonate geschaffen, welches von den Schulen, den Vereinen und von der Öffentlichkeit genutzt werden kann. Uns liegt ein Nutzungskonzept vor, welches zeigt, dass die Halle unter der Woche von 6.00 Uhr bis 21.00 Uhr und am Wochenende etwas eingeschränkter betrieben wird. Mit diesen Betriebszeiten hat jeder Mann und jede Frau die Möglichkeit, etwas für die Gesundheit zu tun. Wie wir alle wissen, haben es die Vereine aktuell schwer. Sie finden keinen Nachwuchs, sie haben Infrastrukturprobleme. Beispiele sind die KEBA, das Brügglifeld, die Parkplatzsituation der Vereine in Buchs. Dieses Projekt ist ein Leuchtturm für die Stärkung der Vereine. Natürlich kann man sagen, dass das Projekt viel zu teuer ist. Aber wenn man den Turnvereinen, den Handballern und den Musikvereinen die genutzten Hallen in Rechnung stellen würde, wären auch dies horrenden Kosten, welche heute einfach untergehen. Der FDP Buchs wurde in der Diskussion zum Zukunftsraum mit viel Unverständnis begegnet. Wir wollen weiterhin keine Fusion mit den umliegenden Gemeinden. Hier geht es um ein regionales Projekt. Genau das wollen wir. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden in solchen Projekten wie auch bei der Spitex, beim Betreibungsamt und vielen mehr. So stellen wir uns die Zusammenarbeit vor. Auch das Schwimmbad ist unserer Meinung nach ein Projekt, das unterstützt werden soll um die Region und die Vereine zu fördern aber auch etwas für Private zu tun.

Herr Thomas Meier: Für alle statt für wenige. Das ist der Slogan der SP. Natürlich kann nicht jede Ausgabe der ganzen Bevölkerung zugutekommen. Aber mein Ziel ist es, dass unsere Ausgaben zumindest zu einem grossen Teil einem Grossteil der Buchserinnen und Buchser zugutekommt. Aus meiner Sicht ist dies bei diesem Geschäft nicht der Fall. Am massiven Lobbying des Aarefischs erkannte man, dass sie stark vom Projekt profitieren. Es ist absolut unbestritten, dass es auch ein paar hartgesottene Streckenschwimmer gibt, welche eine solche Traglufthalle benutzen würden. Dann ist der Nutzerkreis jedoch erschöpft. Es werden insbesondere keine Familien die Traglufthalle benützen - nicht nur wegen dem fehlenden Platz rund ums Becken - sondern auch weil nur das 50 Meter Becken mit einer Tiefe von 2 Metern überdacht wird. Aus meiner Sicht kann auch die Schule - trotz Kapazität gemäss Nutzungskonzept - nicht davon profitieren, da das Becken 2 Meter tief und die meisten Schüler weniger als 2 Meter gross sind. Damit haben wir Kosten von Fr. 410'000.--, welche hauptsächlich dem Aarefisch zugutekommen und einer unbestimmten Anzahl hartgesottener Streckenschwimmer. Das ist für mich zu wenig für die Allgemeinheit. Auch wenn es ein regionales Projekt ist, heisst es nicht, dass wir diesem zustimmen müssen. Ich glaube es ist klar, dass ich mich immer für die Zusammenarbeit von Buchs mit anderen Gemeinden eingesetzt habe, ich habe mich auch für den Zukunftsraum engagiert. Ich muss mir kaum vorwerfen lassen, dass ich Buchs in die Isolation führen will, im Gegenteil. Da wir nicht im Zukunftsraum sind, müssen wir nun den Weg der interkommunalen Zusammenarbeit gehen aber wir müssen trotzdem jedes einzelne Projekt konkret prüfen. Ich möchte noch die Relationen aufzeigen. Wir stimmen über diese Fr. 410'000.-- ab. Rechnen wir die Kosten auf eine Betriebsdauer von 15 Jahren hoch, macht dies total eine Million Franken. Im Budget 2021 haben wir auf den Budgetposten "Jugendfest" verzichtet. Dieses würde etwa Fr. 120'000.-- kosten. Wenn wir auf die Traglufthalle verzichten, hätten wir alle 3 Jahre ein Jugendfest finanziert. Ein Jugendfest, welches identitätsstiftend ist und für alle ist, statt für wenige.

Herr Beat Spiess: Ich möchte etwas zum Schul-Argument und zum Motto der SP entgegnen. Es gibt ja auch das Motto "Alle für einen, einer für alle". Wir dürfen nicht übersehen, wenn die Streckenschwimmer und der Aarefisch in die Traglufthalle gehen, dass dies eine signifikante Entlastung des Schwimmbads Telli gibt. Von dieser Entlastung können die Schulen vielleicht etwas weniger profitieren. Aber es gibt auch eine Entlastung am Abend. Wer als Brustschwimmer oder Nichtprofi schon versucht hat dort zu schwimmen, hat sicher schon festgestellt, dass es sehr schnell eng wird. Daher ist es kein direkter Nutzen, sondern ein indirekter Nutzen, von dem auch Erwachsene und Familien profitieren können. Zudem würde mit der 50 Meter Bahn erst noch ein besseres Angebot geschaffen als bestehend. Das sollte nicht ausser Acht gelassen werden.

Herr Samuel Hasler: Als ich das Projekt geprüft habe, war es für mich ein "gutes Projekt", wie es eben nicht durchgeführt und organisiert werden sollte. Es strotzt meiner Meinung nach von Fehlern. Das Projekt wurde während vieler Jahren geplant. Es gibt kein klares Nutzungskonzept. Wir wissen nicht, wer effektiv davon profitieren muss. Es hiess der Lehrplan 21 profitiert, hier haben wir klar gehört, dass das nicht der Fall ist, da es nur ein 50 Meter Schwimmerbecken ist und ein Nichtschwimmerbecken nötig wäre. Weiter haben wir gehört, dass schon andere Gemeinden darüber entschieden haben. Habt ihr das mal angeschaut worüber die entschieden haben? Welche Unterlagen vorlagen? Die waren teilweise meilenweit von unseren Unterlagen entfernt. Ein Beispiel zu den jährlichen Gesamtmehrkosten: In der Botschaft des Gemeinderats rechnet man mit jährlichen Gesamtmehrkosten von Fr. 147'600.--. Gränichen rechnet mit Fr. 100'000.--; fast die Hälfte weniger. Suhr rechnet mit Fr. 110'000.--. Aarau regio verwendet Fr. 100'000.-- in ihrem Konzept. Der Aarefisch hat gemäss Website Fr. 120'000.-- budgetiert. Wir haben ein und das selbe Projekt und ein und dieselbe Idee aber 5 verschiedene Zahlen. Das kann doch nicht sein. Aufgrund dessen kann ich doch kein Projekt unterstützen, welches derart widersprüchlich ist. Zudem ist der Nutzen nicht gegeben. Ich kaufe auch keinen Lieferwagen, wenn ich nicht weiss, was ich ausliefern muss und wohin. Genau das haben wir. Wir kaufen eine Traglufthalle für den Winter, aber wir wissen nicht mal richtig, wer die Halle braucht. Wir wissen, dass der Aarefisch die Halle braucht, aber die Schulen? Privatpersonen? Ein riesen Fragezeichen. Daher bitte ich, lehnt diese Projekt ab. Nehmen wir lieber

das Geld zur Seite und investieren dann in eine langfristige Lösung, z. B. in die Telli oder in einen neuen Standort. Aber nicht in etwas das nur 15 bis 20 Jahre hält. Sondern 50 Jahre oder sogar länger als das Risiacher. Ich bin zwar in der SVP und wir sparen gerne. Aber wenn es für längere Zeit hält, gebe ich gerne etwas mehr Geld aus.

Herr Reto Fischer: Es kommt selten vor, dass ich in der Argumentation gleicher Meinung bin wie Samuel Hasler. Aber tatsächlich ist es so, dass auch ich die Unterlagen studiert und viele Gespräche geführt habe und unter dem Strich immer wieder zum Schluss kam, dass der Kostenpunkt nicht eindeutig ist. Ich habe mit Kollegen gesprochen, welche in Entfelden und Suhr politisch tätig sind und wir haben in allen Gemeinden andere Zahlen. Das ist unbefriedigend. Gleich unbefriedigend wie das in letzter Zeit auf eine sehr aggressive Weise betriebene Lobbying des Aarefischs. Es ist ihr gutes Recht, aber es kam zu kurzfristig. Es hätte früher passieren müssen. Es stimmte für mich nicht, dass in den letzten Tagen Telefone und E-Mails gemacht wurden. Trotzdem - im Unterschied zu Samuel - in meiner Brust schlägt das Sportlerherz, welches etwas für die Sportbegeisterten machen will. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass Sportstätten geschaffen werden. Es ist klar, dass nicht jeder von uns dort schwimmen geht, aber diejenigen, die gehen wollen, bekommen dann die Möglichkeit. Auch hier gehe ich mit Beat einig, es gibt eine Entlastung in der Telli. Und hier komme ich zum eigentlichen Punkt. Die Katastrophe ist eigentlich das Telli-Hallenbad. Ich komme ins 51. Lebensjahr und war 1980 als Schüler schon in diesem Hallenbad. Und es sah genauso aus wie heute. Mein Kleiner, welcher in der Telli beim Aarefisch - die machen das super - in den Schwimmkurs geht, sieht genau das gleiche Bad wie ich früher. Und das ist das eigentliche Problem. Wir finanzieren etwas, obwohl eigentlich etwas Anderes gestützt werden sollte. Wenn Suhr nun eine Zwischenlösung wäre, würde ich sagen ja klar, wir investieren mit dem Wissen, dass es in der Telli etwas Neues gibt. Aber das sehe ich nirgends. Daher war ich bis vor kurzem klar überzogen Nein zu stimmen. Aber heute Nachmittag hatte ich ein Gespräch mit einer Person, welche mit Schwimmen nichts am Hut hat. Sie erinnerte mich daran, dass ich jemand bin, der sich für den Sport einsetzt, der sich für den FC Aarau, den BTV etc. interessiert. Ich tendiere zu einem ja, aber ich verstehe alle die nein sagen. Die Vorlage ist nicht sauber ausgearbeitet und es gäbe bessere Lösungen. Aber stehen wir diesem Projekt nicht im Weg.

Herr Markus Notter: Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir mit unseren 45° nördliche Breite noch Jahreszeiten haben. Im Sommer sind genügend Bäder vorhanden, im Winter nicht. Wir haben ein Projekt, welches ein Bad decken kann. Die Nutzung ist nicht sicher, es ist eine Abwägung.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich möchte noch etwas zu den Betriebskosten erwähnen. Wir sind verpflichtet bei einem Verpflichtungskreditantrag auch die Folgekosten aufzuzeigen. Dies haben wir nach bestem Wissen und Gewissen getan. Die grundlegende Zahl von Fr. 120'000.-- mit welcher auch Suhr operiert hat - wurde so geliefert. Wir mussten feststellen, dass die Auf- und Abbaukosten in diesem Betrag nicht berücksichtigt waren. Daher sind wir nun bei Fr. 147'000.--. Wie Andreas bereits gesagt hat, ist noch nicht klar, wie bzw. durch wen die Halle auf- und abgebaut wird und wie sie gelagert werden soll. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, möglicherweise wird es auch noch günstiger. Wir haben einfach eine realistische Annahme für unsere Gemeinde getroffen. Wir müssen uns keine Illusionen machen, eine Kostenkalkulation aufgrund einer solchen Faktenlage ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Eine exakte Rechnung ist nicht möglich. Daran kann es aber nicht scheitern. Es handelt sich um eine realistische Grössenordnung. Die genauen Beträge werden sich während des Betriebs zeigen. Im Übrigen ist, was Reto gesagt hat, im Kern absolut richtig. Unsere Region hat die Hausaufgaben im Schwimmbadbau nicht gemacht. Die Verantwortlichen sind bekannt.

Antrag

Für den Beitrag der Gemeinde an die Realisierung der Traglufthalle des Schwimmbads Suhr-Buchs-Gränichen sei ein Verpflichtungskredit von gerundet Fr. 410'000.-- zu bewilligen.

Abstimmung

Dem Verpflichtungskredit von gerundet Fr. 410'000.-- für den Beitrag der Gemeinde an die Realisierung der Traglufthalle des Schwimmbads Suhr-Buchs-Gränichen wird mit 20 : 16 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Postulat Heidi Niedermann, CVP: Vernetzung auf der Plattform Crossiety. Bericht und Antrag

(Botschaft des Gemeinderats vom 14. Juli 2020)

Herr Samuel Hasler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Vor wenigen Monaten haben wir das Postulat von Heidi Niedermann zur Einführung der Plattform Crossiety mit 30 : 6 Stimmen überwiesen. Der Gemeinderat hat die Plattform genauer abgecheckt und geprüft. Was ist Crossiety? Es handelt sich um eine digitale Plattform, welche ähnlich funktioniert wie Facebook, Ricardo oder andere Plattformen. Es geht um eine Dorfgemeinschaft auf digitaler Basis, um Gruppen, Vereine, Behörden und Kommissionen, welche über die Plattform kommunizieren und Informationen veröffentlichen können. Man kann Nachrichten verschicken, kommentieren, werben, präsentieren, die Gemeinde kann Infos hochladen und informieren und und und. Es gibt viele Vorteile, damit verbunden sind auch gewisse Aufgaben. Im Gegensatz zu den privaten Plattformen wie Facebook und Instagram sind bei Crossiety nicht Privatpersonen für die Pflege zuständig, sondern die Gemeinde spielt die zentrale Rolle. Sie ist für den Betrieb verantwortlich, sprich, dass die Inhalte rechtlich und politisch korrekt sind, dass die Seite aktuell bleibt, dass die Bewohner auf die Plattform hingewiesen werden. Die Gemeinde wird auch selber aktiv, überwacht und gibt Inputs. Das alles hat einen stolzen Preis. Im ersten Jahr kostet die Plattform inkl. Projektierung und Initialisierung Fr. 39'000.--. Jährlich wiederkehrend sind Fr. 23'500.-- fällig. Die Prüfung des Gemeinderats hat ergeben, dass bereits eine grosse Vielfalt an digitalen Plattformen vorhanden ist und von der Bevölkerung auch genutzt wird. Somit besteht seitens der Bevölkerung kein Bedarf zur Einführung einer solchen Plattform. Besonders wenn diese noch mit so hohen Kosten verbunden ist, da auch Personal eingestellt werden müsste.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden), vom Bericht des Gemeinderats über die Lancierung von Crossiety sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Frau Heidi Niedermann: Mit meinem Postulat vom Juni 2019 bat ich den Gemeinderat, die Vernetzung unserer Gemeinde auf der Plattform "Crossiety" näher zu prüfen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag mit Kostenfolgen vorzulegen. Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die vorliegende detaillierte Prüfung. Obwohl ich diese Plattform noch immer als eine wertvolle Ergänzung zu den bestehenden privaten Angeboten wie Facebook etc. betrachte, kann ich den Entscheid des Gemeinderats aufgrund der daraus entstehenden Kosten durchaus nachvollziehen und verstehen. Ich unterstütze die Beurteilung des Gemeinderats, in der aktuell angespannten Finanzlage der Gemeinde keine neuen Gemeindeaufgaben zu generieren, welche nicht zwingend notwendig sind.

Antrag

Vom Bericht des Gemeinderats über die Lancierung von Crossiety sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Vom Bericht des Gemeinderats über die Lancierung von Crossiety wird einstimmig mit 37 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Postulat Werner Schenker, Grüne: Bäume für Buchs im öffentlichen Raum. Bericht und Antrag

(Botschaft des Gemeinderats vom 14. Juli 2020)

Herr Reto Bianchi, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Das Postulat von Werner Schenker "Bäume im öffentlichen Raum" kam als Motion daher und wurde dann in ein Postulat umgewandelt. Wir haben das Postulat mit 23 : 13 Stimmen überwiesen. In einem Satz zusammengefasst geht es im Postulat darum, dass pro Jahr ein Baum gepflanzt wird und diesem Sorge getragen wird, so dass er als ökologisch sinnvoller Einzelbaum zur Geltung kommt. Auf diese Bäume soll geachtet werden und sie sollen von den sich ändernden Umwelteinflüssen geschützt werden. Die Kosten seien zu budgetieren. In der Vorlage des Gemeinderats sieht man, dass bereits jetzt im Betriebs- und Gestaltungskonzept Aarau-er- und Mitteldorfstrasse 60 Bäume geplant sind. Also quasi für 60 Jahre bereits ein Baum gepflanzt ist. Ihr seht die Differenzierung zwischen was gepflanzt wird und wer die Bäume pflegt. Nämlich das Bauamt oder bei Bedarf ein Profi. Beim Projekt Abbruch und Neubau Risiacher kommen zu den bestehenden Bäumen 10 dazu. Also schon wieder 10 Jahre mehr Bäume. Wenn wir zurückrechnen, wie viele wertvolle Hochstammbäume z. B. bei der Gysimatte gepflanzt wurden und beim neuen Doppelknoten geplant sind, sieht man, dass immer wieder Bäume dazu kommen. Der Gemeinderat spricht von der Klimaoase. Letzten Freitag wurde gerade wieder ein solcher Baum gepflanzt. Bei uns werden also Bäume gepflanzt, gepflegt und unterhalten. Deshalb kam der Gemeinderat zum Schluss, dass bereits alle Forderungen eingehalten werden und diesen Rechnung getragen wird. Somit kann dem Einwohnerrat die Abschreibung des Postulats beantragt werden.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden), vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen, da den Anträgen des Postulats bereits aktuell umfassend Rechnung getragen wird.

Diskussion

Herr Werner Schenker: Ich danke Matthias Keller, Leiter Werkhof, herzlich für sein Engagement zugunsten der Natur in unserer Gemeinde. Ich habe mich mit ihm getroffen und über die Bäume in unserer Gemeinde gesprochen. Er setzt sich tatkräftig für den Ersatz und für Neupflanzungen ein und gestaltet mit seinen Mitarbeitenden immer wieder Naturinseln, welche uns allen zugutekommen. Ein gutes Beispiel ist das Pärkli im Triesch, welches dank Herrn Keller einmal mit grossen Bäumen Schatten und Lebensräume spenden wird. Da kommen noch ein paar Bäume dazu Reto. Wir brauchen aber auch Bäume im Zentrum und entlang der Verkehrsachsen. Ich bin froh um die zumindest auf dem Papier formulierte Meinung des Gemeinderats zur Natur im Dorf. Ich bin froh um die Liste, welche Auskunft über die Baumstandorte gibt. Zu ergänzen wäre die Liste mit der Lenzburgerstrasse, welche zusammen mit dem REK auch einmal ein grünes Baumdach erhalten wird. Nur hat die Liste einen entscheidenden Schönheitsfehler. Die Mehrzahl dieser Projekte liegt in der Zukunft und eine klare Terminierung ist nicht gegeben. Auch auf Anfragen hin gibt es keine konkreten Angaben zu den Ausführungszeiten. Zum Teil sind wir bei der Planung auch von den Finanzen von Kanton und Bund abhängig. Die Tramstrasse, die Buchserstrasse, der Doppelknoten und die Lenzburgerstrasse - uns kann niemand sagen, wann diese Bäume stehen werden. Sicher jedoch nicht in näherer Zukunft. Somit ist der Bericht des Gemeinderats einmal mehr ein Vertrösten, allenfalls

eine Absichtserklärung auf geduldigem Papier, aber kein Bekenntnis zu handeln. Wie immer fehlt der Mut genau jetzt etwas zu machen. Weil ich genau das befürchtet habe, forderte mein Postulat auch nur einen einzigen Baum pro Jahr. Nicht mal das kommt zu Stande. Ich bedauere sehr, dass das Postulat als erledigt betrachtet werden soll. Für mich ist ein nach wie vor wichtiges zukunftsweisendes Anliegen nicht berücksichtigt.

Herr Marius Fedeli: Ich habe den Bericht gelesen und muss etwa das selbe sagen wie Werner. Reto hat es vorhin gesagt, der Gemeinderat ist der Meinung, dass mit diesem Bericht und dem bereits Gemachten dem Postulat Rechnung getragen wird. Meine Frage ist jedoch, wie dem Rechnung getragen wird. Ich hätte mir mehr Initiative gewünscht oder ein Konzept zu dieser Mindestanforderung von einem Baum. Dazu wurde nicht klar Stellung bezogen. Es heisst einfach, es wird schon gemacht. Weiter sind die Legislaturziele wichtig. Davon ist auch in der Botschaft die Rede. Wichtig ist jedoch auch die Umsetzung dieser Ziele. Mit den Fakten, welche im Bericht stehen bin ich einig und es wird wirklich schon viel gemacht. Aber bei vielen Sachen sind wir, wie Werner gesagt hat, in der Planung. Die Umsetzung hapert aber noch. Wenn es dann in der Umsetzung ist, kann man lesen, dass vieles durch die Umwelt- und Heimatschutzkommission oder durch den Natur- und Vogelschutzverein oder durchs REK oder wie bei der Lenzburgerstrasse durch den Kanton gemacht wird. Für mich wäre wichtig, dass die Gemeinde auch hin steht und sagt, wir machen das. Wir setzen uns dafür ein. Ähnlich wie bei den Neophyten besteht in der Gemeinde Buchs leider noch kein Konzept und ich wünsche mir, dass sich der Gemeinderat noch mehr für die Natur einsetzt als es heute schon der Fall ist.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Wir haben als Gemeinderat bereits sehr viel gemacht. Es werden bereits Projekte umgesetzt. Hier darf ich Reto leicht korrigieren, der Klimabaum wird erst diesen Freitag gepflanzt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Um es ganz klar zu sagen, der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt, damit dieses Projekt so realisiert werden kann. Der Gemeinderat wird sich auch künftig diesbezüglich einsetzen und ich weiss, dass es klar umgesetzt wird. Dies kann der Gemeinderat beeinflussen und er wird dies auch tun. So wie er es bis anhin schon gemacht hat. Ich möchte noch anschliessen und erwähnen, dass wir als Gemeinde Vorbild sind, ist das eine. Ich wünschte mir aber auch ein Echo aus den Privatgärten, dass auch dort vermehrt Bäume gepflanzt werden.

Herr Martin Gysi: Ich möchte dem Gemeinderat und unserer Leiterin Bau Planung Umwelt ein Kränzlein winden. Die Initiative kommt oft vom Natur- und Vogelschutzverein oder von der UHK, die vorgeschlagenen Projekte werden aber sehr wohlwollend aufgenommen und sehr zügig umgesetzt und realisiert. Dort spürt man eine echte Unterstützung. Es ist nicht aufgesetzt, es ist wirklich echt und ich danke sehr dafür.

Frau Tatjana Lambrinoudakis: Es geht um einen Baum pro Jahr. Bei einem so überschaubaren Postulat erwarte ich entweder eine Zustimmung, weil es in die Ziele passt oder ich erwarte keine Zustimmung, weil es nicht in die Ziele passt. Vorliegend habe ich keine Zustimmung, weil es bereits gemacht wird und Buchs schon so grün ist. Wir haben viel Wald, wir haben die Suhre und Böschungen, welche im Bericht erwähnt werden. Es gibt einige Projekte bei denen Bäume gepflanzt werden oder schon gepflanzt wurden. Es verwundert mich und ich lese nach, wie die Antworten zu diesem einen Baum sind und dazu wird gesagt, dass Einzel- oder Alleebäume ersetzt oder wo immer möglich ergänzt werden. Es wird gesagt, dass man bereits aktuell und wann und wo immer möglich einheimische Bäume gewählt hat. Es zeigt die Bemühung aber man macht es nicht so ganz... was mich zu den Legislaturzielen bringt: $\frac{3}{4}$ der Legislatur ist bereits vorbei - die naturnahe Artenvielfalt, die öffentlichen Anlagen und die Privatgärten zu fördern, Privatgärten werden mit dem neu geschaffenen Freiraumkonzept erwähnt, dann die Bekämpfung der invasiven Neophyten auf dem Gemeindegebiet - es gibt noch kein Postulat aber da ist noch Luft nach oben - und es geht um die Aufwertung des Freiraums entlang der Suhre zur Aufwertung für Erholungssuchende. Davon habe ich in den letzten 3 Jahren auch noch nichts gemerkt. Ich denke bei diesem einen Baum sieht man das Gesamtthema, dass man dran ist, in Zukunft will und schon einiges macht, aber für mich

geht es, wenn ich die Legislaturziele anschau, schon noch um mehr. Ich wünsche mir noch mehr Gestalten statt Verwalten von Buchs.

Herr Gemeindeamman Urs Affolter: Die Umwelt- und Heimatschutzkommission ist eine beratende Kommission des Gemeinderats. Wenn die UHK Vorschläge macht - ich bin froh, dass Martin Gysi das erwähnt hat - steht der Gemeinderat diesen fast immer offen gegenüber. Die UHK ist nicht irgendeine Institution, es ist eine beratende Kommission des Gemeinderats. Dafür haben wir diese Spezialkommission, welche Inputs einbringt gegenüber denen wir grundsätzlich offen sind. Noch zu der entstandenen Verwirrung: Man konnte lesen, dass in den letzten Tagen in einer anderen Gemeinde ein Klimaoase-Baum gepflanzt wurde. In Buchs wird am Freitag auch ein solcher Baum gepflanzt. Es gibt einen kleinen Event. Der Gemeinderat hat dem zugestimmt. Es ist nicht geplant, es passiert. Weiter hat der Gemeinderat dem Projekt "Garten der Vielfalt" zugestimmt. Dort werden einige Bäume unter anderem entlang der Suhre und beim Schulhaus Suhrenmatte gepflanzt. Auch hier geht es nicht um einen Plan, es passiert.

Herr Markus Notter: Ein Baum braucht 100 bis 120 Jahre bis er als solcher verstanden wird. Pro Jahr werden im Buchser Wald zwischen 3'000 und 5'000 Bäume gepflanzt. Ihr seid herzlich eingeladen im Frühling 1'600 Bäume mit uns zu pflanzen. Es kommen Familien mit Kindern und helfen. Bäume werden also viele gepflanzt. Ein zusätzlicher Baum an einem schütterten Weg, eventuell mit schwierigen Platzverhältnissen, finde ich erzwungen. Wir setzen Bäumen und an der Suhre wachsen sie auch. Dies zur Relation wegen diesem einen Baum der hier fehlt. Es gibt pro Jahr 5'000 neue, welche unsere 3. Generation einmal Freude bereiten können.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt, davon Kenntnis zu nehmen, dass den Anträgen des Postulats bereits aktuell umfassend Rechnung getragen wird.

Abstimmung

Vom Bericht des Gemeinderats wird einstimmig mit 33 : 3 Stimmen Kenntnis genommen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Marius Fedeli reichte am 21. Oktober 2020 das Postulat betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) ein:

Antrag

Der Gemeinderat Buchs wird gebeten,

- sich bereit zu erklären, 6 geflüchtete Menschen aus Moria aufzunehmen;
- den Kanton und den Bund dazu aufzufordern, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria zu ermöglichen;
- sich mit den Städten und Gemeinden im Kanton Aargau sowie mit Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, die ähnliche Initiativen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen ergreifen, zu koordinieren.

Diskussion

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir beantragen die Ablehnung des Postulats. Einerseits ist der Gegenstand ganz klar eine Dimension, welche ins Bundesrecht gehört. Wir können eigentlich gar nichts machen. Anregungen kann man natürlich immer machen, klar, das ist aber bereits passiert. Eine Gruppe von Buchser Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten hat genau das gemacht, was hier verlangt wird. Es liegt bereits eine Antwort von Frau Bundesrätin Keller-Suter an Heidi Niedermann vor, welche die Bundessicht aufzeigt. Weiter gibt es einen Brief des Regierungsrates an Heidi Niedermann, welcher die Thematik ebenfalls ausleuchtet. Es wäre schon fast eigenartig, wenn wir nun nochmals mit diesem Anliegen kommen würden. Frau Keller-Suter schrieb hier "ich teile die Besorgnisse der Gemeinde Buchs" und nicht "ich teile die Besorgnisse von Heidi Niedermann". Wir sind als Gemeinde also bereits angekommen. Es gibt ein weiteres Papier des Regierungsrates - es gab im Grossrat auch entsprechende Vorstösse - es geht um den gleichen Kontext, es ist angekommen, die verantwortlichen Stellen haben sich dazu geäussert. Wir glauben es wäre Wasser in den Rhein getragen, wenn wir nun nochmals mit demselben Anliegen vorsprechen würden. Daher beantragt der Gemeinderat die Ablehnung dieses Postulats, welches sicher in die richtige Richtung geht.

Herr Marius Fedeli: Einem Teil der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten liegen diese Antworten vor. Ziel meines Postulats ist, dass die Gemeinde Buchs sich bereit erklärt, 6 Flüchtlinge aufzunehmen, wenn der Bund - und das ist ganz klar die Kompetenz des Bundes - sich dazu entscheidet, Flüchtlinge aus diesem Lager aufzunehmen. Ich bin klar der Meinung, dass die Gemeinde diese Haltung nach aussen tragen soll, auch wenn einige schon etwas unterzeichnet haben. Somit bitte ich um Unterstützung des Postulats. Das selbe Postulat mit ziemlich dem gleichen Wortlaut wurde auch in Aarau eingereicht. Der Stadtrat Aarau hat eingehend um Überweisung des Postulats gebeten. In einem Zeitungsbericht ist Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident Aarau, zitiert: "Inhaltlich arbeiten wir in Asylfragen heute eng mit unseren Nachbargemeinden Buchs und Suhr sowie mit dem Kanton zusammen." Ich finde es eine wichtige Botschaft zu sagen, dass wir für Menschen auf der Flucht da sind, gerade jetzt in dieser Zeit mit Corona, welche es den Flüchtigen nicht einfacher gemacht hat. Es gab auch schöne Nachrichten. Man hat nach dem Brand Zelte geschickt, welche nach dem Turnfest nicht mehr gebraucht werden konnten. Solche Messages braucht es - auch von Buchs - daher bitte ich um Überweisung des Postulats.

Herr Samuel Hasler: Meine Position ist schnell erklärt. Die SVP ist aus verschiedenen Gründen klar gegen das Postulat. Die typischen kennt ihr. Aber was wir hier speziell erwähnen müssen, wir sind auf Gemeindeebene und auf Gemeindeebene haben wir Null Einfluss aufs Asylwesen. Wir können nicht sagen, dass wir Flüchtlinge wollen oder nicht, wir sagen nicht wer in die Schweiz kommt und wer nicht. Das ist alles Bundesaufgabe. Mit der Bundesrätin Keller-Suter ist bereits etwas am Laufen. Ich sehe nicht ein, warum wir hier noch aktiv werden sollten. Wir sollten uns lieber auf unsere Aufgaben beschränken und uns nicht in Bundes- oder Kantonsaufgaben hineinpreschen. Ein weiterer Punkt, welcher im Zusammenhang mit Flüchtlingen immer wieder aufkommt, sind die Kosten. Unsere Sozialhilfequote und -kosten sind allen bekannt. Mit 3.6 % haben wir eine der höchsten Sozialhilfequoten in der Region. Eine aktuelle Statistik des BFS sagt klar, dass 80 bis 90 % der Geflüchteten in der Schweiz von der Sozialhilfe leben. Nehmen wir 6 Stück auf, diese landen zu 80 bis 90 % in der Sozialhilfe, dann wären 5 in der Sozialhilfe. Dazu kommt der Nachwuchs, je nach Herkunft/Land sind dies durchschnittlich 2 bis 5 Personen mehr, sprich wir kommen schnell auf 20 bis 25 Personen. Spätestens in 7 Jahren haben wir diese in unserer Rechnung. Wir haben schon einige Flüchtlinge in Buchs. Schauen wir lieber diesen, dass sie integriert sind, einen Job haben und von der Sozialhilfe abgelöst werden können und nehmen erst dann neue auf. Und zu guter Letzt. Eine Frage an Barbara: Wieso Flüchtlinge von Moria. Sind diese etwas Besseres? Sind die fähiger um nach Buchs zu kommen. Warum nicht von Lesbos oder Syrien? Macht für mich keinen Sinn.

Frau Heidi Niedermann: Ich möchte bestätigen was Urs Affolter gesagt hat. Alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, welche die Resolution unterzeichnet haben, bekamen die Antworten von Bund und Kanton. Wie wir alle wissen ist die Situation in Moria katastrophal und deshalb haben wir dies so formuliert. Moria liegt auf Lesbos. Es ist richtig, dass wir sowohl von Bundesrätin Karin Keller-Suter wie auch vom Regierungsrat die Antwort bekommen haben, dass das ganze Asyl- und Flüchtlingswesen ganz klar in der Kompetenz des Bundes liegt. Der Regierungsrat hat aber auch geschrieben, dass der Kanton Aargau im Falle eines bundesrätlichen Entscheids zur Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus diesem Lager selbstverständlich seinen Anteil an Personen gemäss Verteilschlüssel übernehmen würde. Und was Marius zuletzt gesagt hat unterstütze ich. Es wäre toll wenn der Gemeinderat seine Bereitschaft zur Übernahme von ein paar Personen aus diesem Lager dann konkret erklären würde.

Herr Reto Fischer: Mir stellt sich mehr eine menschliche statt eine politische Frage. Das hat nichts mit der Adventszeit oder dem besonders schwierigen Jahr zu tun. Es spielt von mir aus gesehen auch keine Rolle ob diese Menschen von Lesbos, Sardinien, oder sonst irgendwo herkommen. Es geht vielmehr um Menschen und um Kinder. Wenn die Gemeinde Buchs nur einen kleinsten Teil dazu beitragen und zeigen kann, dass wir bereit sind - laut Leerwohnungsbestand haben wir mehr als genügend Platz - Leute unterzubringen. Ich glaube auch, dass es finanziell möglich ist, wir werden da ja auch unterstützt. Wir könnten ein Zeichen setzen, auch wenn alles vom Bund gesteuert wird und zeigen, dass wir bereit sind und uns gegen aussen für die Humanität einsetzen. Und noch einen Seitenhieb an Samuel, wir hatten in Deutschland unlängst einen Politiker, welcher meinte, dass sich Menschen von Afrika besonders oft vermehren. Solche Voten sind meiner Meinung nach fehl am Platz.

Frau Barbara Fäh: Samuel, du hast mich angesprochen. Heidi hat die Antwort eigentlich schon gegeben. Es steht in den ersten 2 Abschnitten, in einem Lager, welches 4-mal mehr Menschen hat als geplant, brachen Brände aus. Es war also auf die Aktualität bezogen. Ich finde es auch ab und zu erschreckend, wenn es nur noch ums Geld geht und die Menschen im Sinne einer Ware besprochen werden. Und weiter mit Vermehrungsgründen. Ich schliesse mich Reto an. Wir müssen aus der Situation heraus denken. Wir sind höchst privilegiert - was wäre, wenn wir an dieser Stelle wären, egal wo auf der Welt? Gehen wir in der Zeit zurück, dürfen wir nicht vergessen, dass auch Schweizerinnen und Schweizer aus Armutgründen aus der Schweiz geflüchtet sind. Ein weiterer Grund solidarisch zu denken.

Herr Reto Bianchi: Ich stimme heute Abend sicher ja zum Postulat. Ich habe in meinem Job mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen sowie Erwachsenen und jungen Erwachsenen zu tun. Die Geschichten der Kinder über das Erlebte in diesen Lagern lassen uns die Haare zu Berge stehen und lassen einem die Tränen kommen. Diesen 6 Personen - Familien und Kindern hier eine Chance zu geben, um dem Irrsinn zu entfliehen - trägt das Postulat Rechnung. Samuel du hast noch gesagt, man soll die Flüchtlinge integrieren. Liebe Rechte, helft uns diese Menschen zu integrieren, so dass sie arbeiten dürfen.

Herr Joel Blunier: Wir diskutieren schon lange über das Postulat und die menschlichen Komponenten dahinter, welche ich absolut gleich sehe. Aber beim Text im vorliegenden Postulat geht es eigentlich nicht um ein Postulat. Ein Postulat lädt den Gemeinderat ein, etwas zu prüfen. Stimmen wir dem nun zu, muss uns der Gemeinderat einen Bericht zum Thema erstatten und dann stehen wir wieder am gleichen Ort wie jetzt. Dann sagt der Gemeinderat vielleicht, dass wir nicht zuständig sind und schon sind wir wieder gleich weit. Bei einer Zustimmung ist es höchstens ein öffentlich protokolliertes Signal, mehr nicht. Wir können das gerne protokollieren, aber dem Gemeinderat nun den Auftrag zu erteilen, einen Bericht zu erstellen, Arbeit zu generieren, nur damit wir dann das Gleiche nochmals hören, damit habe ich Mühe. Ich unterstütze das protokollierte Signal zur offenen und ehrlichen Aufnahme von Flüchtlingen. Egal ob von Moria oder sonst einem Land. Ich lehne das Postulat aus formellen Gründen ab.

Herr Marius Fedeli: Ich habe das Postulat extra vorgängig auf die Zulässigkeit prüfen lassen. Es ist zulässig, daher habe ich es so eingereicht. Mir geht es darum, dass wir eine schriftliche Zusage haben. Ich brauche keinen 20-seitigen Bericht. Mir reicht es, wenn die 6 geforderten Punkte des Postulats umformuliert werden statt "der Gemeinderat wird gebeten", "der Gemeinderat setzt sich dafür ein". Der Bericht wäre fertig und es würde keinen grossen Aufwand generieren.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird dem Gemeinderat mit 21 : 13 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) nicht überwiesen.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, Begradigung und Entwässerung des Bärenplatzes (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 21. Oktober 2020 das Postulat betreffend Begradigung und Entwässerung des Bärenplatzes ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Begradigung und Entwässerung des Bärenplatzes zu präsentieren.

Diskussion

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung des Postulats. Wir haben im Budget einen Betrag von Fr. 30'000.-- um einen partizipativen Prozess durchzuführen um herauszufinden, in welche Richtung wir mit dem Bärenplatz wollen. Bevor nun eine bauliche Massnahme eingeleitet wird, müssen wir den Prozess durchführen. Ich hoffe schwer, dass wir danach wissen, was mit dem Platz gemacht wird. Vielleicht ist die Begradigung dann richtig, vielleicht aber auch nicht. Eines muss man bedenken, das hat die Vorstudie bereits gezeigt, bei einer Begradigung des Platzes muss eine Stützmauer von ca. 2.5 Metern erstellt werden. Ob das der richtige Weg ist, wird sich zeigen. Daher kommt das Postulat zur falschen Zeit.

Herr Samuel Hasler: Ich möchte erklären, warum ich dieses Postulat so eingereicht habe. Seit mehreren Jahren steht die Frage im Raum, was mit diesem Platz geschieht. Wir hatten eine Abstimmung, bei welcher das Volk Nein zu einer Arealüberbauung mit Geschäften und Läden sagte. Wir wissen, Buchs will das nicht. Danach gründete sich die IG um herauszufinden, was sich das Volk auf dem Bärenplatz wünscht. Es gab eine Umfrage, welche ergab, dass 50 % gar keinen Bau will und 48 % für eine teilweise Überbauung waren. Wir haben gesehen, dass der Gemeinderat für Fr. 30'000.-- eine Analyse/Umfrage plant, um eine Lösung zu suchen. Dieser Prozess wird Zeit brauchen, um herauszufinden was gewünscht wird, um dann eine konkrete Idee zu entwickeln, diese in ein Projekt umzuwandeln, es zu starten und zu realisieren um es am Schluss auch nutzen zu können. Ab nächstem Jahr, bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Platzes, werden viele Jahre vergehen. Egal wie das Projekt heraus kommt, der Platz muss bearbeitet werden. Der Boden ist marod, voll Wasser, er senkt sich ab. Selbst eine teilweise Überbauung ist so nicht möglich. Wenn man ihn nicht bebauen will, muss man ebenfalls etwas machen, so geht es nicht. Das Postulat fordert nicht eine grüne Wiese. Wir möchten einen Grundstein legen. Eine Begradigung und Entwässerung kann auch nachher gebraucht werden. Wir können so Zeit sparen. Wir sprechen heute kein Geld zur Umsetzung, wir geben dem Gemeinderat nur den Auftrag das Ganze zu prüfen. Wie würde man begradigen, wie kann man entwässern und was kostet das. Es ist nur eine Prüfung, wir sprechen kein Geld. Deshalb ist es ideal nun den Grundstein zu legen.

Herr Werner Schenker: Ich danke Urs Affolter herzlich für das Votum. Er trifft aus unseren Erfahrungen als IG oder nun als Verein genau den Nagel auf den Kopf. Wie Samuel gesagt hat, hat die gemachte Umfrage ergeben, dass nicht ein Projekt favorisiert werden kann. Wir brauchen nun eben einen partizipativen Prozess um gemeinsam eine Lösung zu finden. Es wird Zeit brauchen. Aber wir brauchen die Zeit für die Erarbeitung eines mehrheitsfähigen Projekts. Deshalb sind die Fr. 30'000.-- gesprochen um den Prozess durchzuführen. Wir erachten dieses Vorgehen als sehr sinnvoll um für das seit über 30 Jahren umstrittene

Gelände einen Weg zu finden. Deshalb finden wir es nicht richtig, jetzt durch eine solche Massnahme bereits ein Zeichen zu setzen. Ich denke es wäre ein falsches Zeichen, jetzt wo ein partizipativer Prozess angedacht ist. Es gibt verschiedene Lösungen. Lassen wir das noch offen und entwickeln wir gemeinsam Ideen. Daher bin ich für eine Ablehnung in dieser Form.

Frau Heidi Niedermann: Ich möchte noch anfügen, dass wir es sehr begrüssenswert finden, dass sich Samuel Hasler mit seinem Postulat für die Begradigung und die Entwässerung des Bärenplatzes bemüht und ich bin sicher, dass dieser Vorschlag in den Dialogprozess, welcher vom Gemeinderat angestossen wird, einfliessen wird. Ich hoffe dies zumindest. Ich finde es toll, dass sich auch die SVP dafür interessiert und in diesem Sinn lehnen wir von der CPV ab und hoffen auf den Dialogprozess des Gemeinderats.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird dem Gemeinderat mit 27 : 7 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) nicht überwiesen.

Eingänge**Postulat von Werner Schenker, Grüne, betreffend Verschuldung der Gemeinde Buchs AG**

Herr Werner Schenker reicht folgendes Postulat ein:

Verschuldung der Gemeinde Buchs AG: Bitte um Stellungnahme des Gemeinderates Laut dem Aufgaben- und Finanzplan der Gemeinde Buchs für die Legislatur 2021 bis 2024 ist mit einer Verschuldung der Gemeinde Buchs im Jahr 2029 von rund 53 Mio. Franken zu rechnen.

Dies bedeutet eine Netto-Verschuldung von Fr. 5'764.-- je Einwohner/in. Der Kanton setzt bei der Verschuldung eine Obergrenze von Fr. 2'500.--. Er toleriert eine kurzfristige Überschreitung. Da aber die Verschuldung bereits ab dem Jahr 2024 mit einer erwarteten Netto-Verschuldung/Einwohner/in von Fr. 3'037.-- diese Grenze deutlich überschreitet und der Finanzplan ein stetiges Anwachsen prognostiziert, kann von einer kurzfristigen Überschreitung keine Rede sein.

Dies sind angesichts des Schuldenbergs sehr bedenkliche Aussichten für unsere Gemeinde.

Der Gemeinderat wird gebeten, zu dieser Situation Stellung zu nehmen und seine langfristige Finanzstrategie darzulegen:

- Wie beurteilt der Gemeinderat diese Situation?
- Ist der Gemeinderat bereit, konkrete Massnahmen gegen diese Verschuldung zu ergreifen?
- Welche Massnahmen hat der Gemeinderat bislang getroffen, um die drohende Verschuldung in Grenzen zu halten. Wie beurteilt der Gemeinderat die Wirkung dieser Massnahmen?
- Wie will der Gemeinderat zukünftig Buchs auch für finanzstarke Private oder Firmen attraktiver machen?
- Welche konkreten Massnahmen sind für die Zukunft geplant oder in Diskussion und welche versprechen Erfolg?
- Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer möglichen Erhöhung des Steuerfusses?
- In welcher Form informiert der Gemeinderat die Bevölkerung zur zu erwartenden Situation und wie will er Verständnis für allfällige Massnahmen schaffen?

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Reto Fischer, Parteilos, betreffend Sauberkeit in Zeiten von Corona in den Schulhäusern von Buchs**

Herr Reto Fischer reicht folgende Anfrage ein:

Ich habe zwei, drei grundsätzliche Fragen: Was tut die Gemeinde in Bezug auf das Schulhauspersonal und den durch Corona entstehenden Mehraufwand? Sprich, es gibt ja Schutzkonzepte, dass zum Beispiel alle Oberflächen vermehrt abgerieben werden oder die Mülleimer vermehrt geleert werden sollten.

1. Sind die Hausabwarte bzw. das Bauamt offiziell angewiesen, coronabedingt die Schulhäuser vermehrt zu reinigen?
2. Was geschieht, sollte ein Hauswart oder Reinigungskräfte ausfallen?
3. Ist im Falle eines Ausfalls auch für geeignete Stellvertretungen gesorgt? Falls ja, wie wird das Problem gelöst?

Die Hauswartteams leisten in allen Buchser Schulhäusern tolle Arbeit und man muss ihnen auch besonders gut schauen, darum meine Frage. Hinzu kommt, dass ich der Meinung bin, dass es für Hauswarte keine Stellvertretungen gibt. Und gerade in diesen Zeiten erachte ich es als wichtig, dass die Sauberkeit in den Schulhäusern (so gut als möglich) gewährleistet werden kann.

Ich danke dem Gemeinderat für eine umgehende Beantwortung der Anfrage, sofern möglich, im Rahmen der nächsten Einwohnerratsversammlung.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Zu Frage 1: Die Hauswarte sind angewiesen, die Schulhäuser vermehrt zu reinigen. Ich verzichte darauf die Liste der Kreisschule mit den detaillierten Massnahmen vorzulesen. Dies ist mit den Liegenschaftsverantwortlichen und der Kreisschule so besprochen. Die Abmachungen und Zuständigkeiten sind verbindlich geklärt. Zur 2. Frage: Oberste Priorität haben die "coronabedingten Massnahmen", falls die Kapazitäten nicht ausreichen, wird externe Unterstützung beigezogen. Zur 3. Frage: Ausfälle werden, wenn möglich intern kompensiert, sollte dies nicht möglich sein, werden Dritte beigezogen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Reto Fischer, Parteilos, betreffend Rückzahlung von Sozialhilfekostern im Zeitpunkt der Frühpensionierung (SRF "Kassensturz" vom 24. November 2020)**

Herr Reto Fischer reicht folgende Anfrage ein:

Der "Kassensturz" berichtete am Dienstag, 24. November 2020, über die inakzeptable Praxis verschiedener Aargauer Gemeinden betreffend der Rückzahlung von Sozialhilfekosten im Zeitpunkt der Frühpensionierung. Zahlreicher Aargauer Gemeinden verlangen von Bedürftigen, ihre berufliche Vorsorge aufzulösen und damit die bezogene Sozialhilfe zurückzuzahlen. Durch diese Praxis bleiben die Betroffenen in der Armutsspirale gefangen und das oft ihr Leben lang.

Hintergrund dieses Vorgehens ist, die Gemeinden sehen das gesparte Kapital bei der Pensionskasse wie eine Erbschaft oder einen Lottogewinn, also Geld, das sie von den Sozialhilfeempfängern zurückfordern können. Gesetzlich bewegen sich die Gemeinden dabei im grünen Bereich. Die Methode einiger Gemeinden ist im Aargau nicht verboten, in anderen Kantonen ist sie aber nicht erlaubt. Auch die Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) rät davon ab.

Laut Auskunft von Regierungsrat Jean-Pierre Gallati, ebenfalls im "Kassensturz" vom 24.11.2020, ist es Sache der Exekutive einer Gemeinde, in unserem Fall also Buchs, zu entscheiden, ob sie die Rückerstattung von geleisteter materieller Hilfe aus aufgelösten Altersguthaben verlangen oder nicht. In diesem Zusammenhang stelle ich die folgenden fünf Fragen an den Gemeinderat Buchs:

1. Nach welcher Praxis bezüglich der oben erwähnten Rückzahlungen von Sozialhilfekosten bei der Auflösung der 2. Säule waltet die Gemeinde Buchs?
2. Werden sozialhilfebedürftige Personen von Seiten der Sozialen Dienste oder anderen Stellen dazu gedrängt bzw. aufgefordert, ihr Altersguthaben frühzeitig aufzulösen, mit dem Hinweis, dadurch nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen zu sein?
3. Gibt es einen Zusammenhang mit den Fluktuationen bei den Sozialen Dienste Buchs und dem oben erwähnten Vorgehen bezüglich der 2. Säule?
4. Wie sieht der Gemeinderat die Sicht der Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), welche von der aktuell im Aargau oft angewandte Praxis abrät?
5. Regierungsrat J.P. Gallati hat in der "Kassensturz"-Sendung von Mitte November gesagt, die kommunalen Exekutiven um eine Stellungnahme bezüglich dem weiteren Vorgehen im Jahr 2021 anzufragen. Welche Antwort wird der Buchser Gemeinderat dem Regierungsrat zukommen lassen?

Ich danke dem Gemeinderat für eine umgehende Beantwortung der Anfrage, sofern möglich, im Rahmen der nächsten Einwohnerratsversammlung.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Gemäss Handbuch Soziales des Kantons Aargau sind grundsätzlich Freizügigkeitsguthaben der 2. Säule und der Säule 3a zusammen mit dem AHV-Vorbezug oder dem Bezug einer ganzen IV-Rente herauszulösen. Der Lebensunterhalt ist ergänzend zur AHV- respektive IV-Rente mit dem ausgelösten Guthaben zu bestreiten. Um die Zielsetzung der 2. Säule (Sicherung der gewohnten Lebenshaltung in Ergänzung zu den Leistungen der AHV/IV) nicht zu tangieren, soll die Anze-

zung auslösbarer beziehungsweise ausgelöster Freizügigkeitsguthaben zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht früher erfolgen. Analog ist mit Kapitalguthaben der privaten gebundenen Vorsorge (Säule 3a) vorzugehen. Die ausgelösten Freizügigkeitsguthaben sollen zur ergänzenden Deckung des aktuellen und künftigen Lebensunterhalts eingesetzt werden. Somit wird in Buchs von Fall zu Fall geklärt, ab wann die Auslösung der Freizügigkeitsguthaben sinnvoll ist, um das Ziel der 2. und 3a. Säule zu erreichen, sprich den Lebensunterhalt jetzt und in der Zukunft zu garantieren. Der Sozialdienst ist bestrebt eine nachhaltige Auslösung zu unterstützen, damit die Betroffenen mit Konsum und Steuerzahlen eine wirtschaftliche Teilhabe geniessen können, welche allen zu Gute kommt. Weiter ist gemäss SPG und SPV eine Rückerstattung der bezogenen Leistungen zumutbar, wenn bessere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, sprich, wenn Vermögen vorhanden ist, Vermögen gebildet wird oder Vermögen gebildet werden könnte. Die Anrechnung von Pensionskassengeldern, welche zweckgebunden sind, entspricht aus der Gesetzesinterpretation vieler Gemeinden nicht Vermögen im Sinne der SPV § 20. Die Gemeinde Buchs orientiert sich an den SKOS Prinzipien, welche auch als Empfehlung im Handbuch Soziales des Kantons Aargau zu entnehmen sind: "Gemäss Empfehlung der SKOS sollte die Rückerstattungszahlungen bei mehrjähriger Unterstützungsdauer frühestens ein Jahr nach Unterstützungsende geltend gemacht werden, um die soziale und wirtschaftliche Integration nicht zu gefährden. Weiter sollte die gesamte Rückzahlungsdauer vier Jahre nicht überschreiten und auf die Rückzahlung der nach diesem Zeitraum ungedeckten Auslagen vollständig verzichtet werden." Zur 2. Frage: Grundsätzlich gilt in der Sozialhilfe das Subsidiaritätsprinzip. Dieses ist eines der wichtigsten Prinzipien nebst der Angemessenheit der Hilfe. Wer durch die frühzeitige Auflösung seines Altersguthabens zukünftig in Würde leben kann, ohne seine soziale und wirtschaftliche Integration zu gefährden, sollte es machen. Es wird von Fall zu Fall mit der betroffenen Person geklärt und besprochen. Zu Frage 3: Ein Zusammenhang mit den Fluktuationen besteht nicht. Zu Frage 4: Die Sozialen Dienste setzen sich für eine nachhaltige Integration bei der Auslösung ein. Somit werden die Empfehlungen von den SKOS soweit das Aargauer Gesetz es erlaubt, umgesetzt. Zu Frage 5: Wir setzen uns für die SKOS-Empfehlungen ein und setzen diese so um.

Herr Reto Fischer: Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Antwort. Ich habe ehrlich gesagt vieles davon nicht verstanden und habe gedacht, dass meine Fragen einfach gestellt waren und mit ja oder nein hätten beantwortet werden können. Einerseits hast du gesagt, dass wir uns an die Regeln der SKOS halten, diese sehen jedoch nicht vor, dass man das so handhabt wie es der Kanton Aargau macht, andererseits hast du gesagt, dass wir uns an die Vorgaben des Kantons Aargau halten. Diese sind aber anders als die SKOS Richtlinien. Wir haben zudem ein Statement von Regierungsrat Galatti gehört, welcher gesagt hat, dass er mit den Gemeinden Rücksprache nehmen will und anhand dessen entscheiden will, was 2021 passieren wird. Das wäre meine letzte Frage gewesen. Von mir aus wäre die Antwort "ja wir machen es so" oder "nein wir machen es nicht so". Ich weiss nicht ob ich der einzige bin, der nun nicht genau weiss wie wir das handhaben. Wir entscheiden von Fall zu Fall, aber wie sind die Fälle? 90 % zurückzahlen und 10 % müssen nicht zurückzahlen?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Diese Statistik haben wir momentan noch nicht. Wir können das noch anschauen, es absorbiert jedoch Arbeitskräfte. Ich kann jedoch sagen, dass der Gemeinderat bis jetzt noch keine Antwort an den Regierungsrat gemacht hat.

Herr Reto Fischer: Aber es gibt sicher Erfahrungswerte der letzten paar Jahre über die Handhabung. Kann niemand von den Sozialen Diensten beantworten, wie es gemacht wird?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Praxis bezüglich der Rückzahlung von Sozialhilfekosten bei der Auflösung der 2. Säule gibt es bei uns sicher nicht. Wir haben noch nie solche Gelder eingezogen. Walter hat es ausführlich dargestellt. Wir wollen, dass die Leute mit diesem Geld ohne Sozialhilfe leben können. Was es schon gab ist, dass eine vorzeitige Pensionierung eingeleitet wird, wenn man sieht, dass die Per-

son mit diesem Geld den Lebensunterhalt ohne Sozialhilfeabhängigkeit bestreiten kann. Zum letzten Punkt. Wir warten noch auf die Anfrage des Kantons.

Herr Reto Fischer: Ich akzeptiere die Antwort für den Moment, komme aber vielleicht später wieder darauf zurück.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Thomas Meier, SP, betreffend Spitex**

Herr Thomas Meier reicht folgende Anfrage ein:

In der Aargauer Zeitung erschien am 30. Oktober 2020 ein Beitrag "Variante Spitex-Fusion leicht im Vorteil". Demnach lässt aarau regio Optimierungsvarianten im Bereich der Spitex abklären. Nachdem mittlerweile die erste Phase der Abklärungen abgeschlossen ist, liegen zwei Varianten auf dem Tisch: Einerseits eine Variante Kooperation ohne Integration/Fusion und andererseits eine Variante "Regionale Spitex". Die grosse Mehrheit der Projektsteuerung will offenbar die Variante "Regionale Spitex" weiterverfolgen. Gemäss dem Zeitungsbericht müssen die Gemeinderäte bis Ende November entscheiden, ob sie bei der zweiten Phase der Abklärungen mit dabei sein wollen.

Deshalb meine Fragen:

- Werden im Rahmen der zweiten Phase der Abklärungen beide Varianten vertieft abgeklärt oder ausschliesslich die offenbar durch die Projektsteuerung favorisierte Variante "Regionale Spitex"?
- Wird sich die Gemeinde Buchs auch an der zweiten Phase der Abklärungen von aarau regio beteiligen?
- Wenn ja: Sind Aussagen über die kommenden Etappen und den Zeitrahmen möglich?
- Wenn nein: Welche Strategie verfolgt der Gemeinderat im Bereich der Spitex?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Projektsteuerung aus der Analysephase keine Variante favorisiert. Die grösseren aus den teilnehmenden Spitexorganisationen favorisieren eher die "Regionale Spitex". Die kleineren Spitexorganisationen haben sich dafür eingesetzt, dass auch die punktuelle Zusammenarbeit genauer betrachtet werden soll. In der nächsten Phase, der sogenannten Grobkonzeptphase, werden beide Varianten auf der Flughöhe eines Grobkonzepts analysiert. Daraus sollen nachher Entscheidungsgrundlagen für die Organisationen/Gemeinden resultieren, die es ermöglichen sollen, sich für den nächsten Schritt zu entscheiden. Danach sind verschiedene Optionen offen: eine regionale Spitex, punktuelle Zusammenarbeit verschiedener Organisationen oder beides kombiniert. Zur 2. Frage: Ja, der Gemeinderat hat an einer der letzten Sitzungen diesen Entscheid gefällt. Frage 3: Offizielles Ziel ist es vor den Sommerferien 2021 mit der zweiten Phase abzuschließen, so dass die Organisationen/Gemeinden nach den Sommerferien/im Herbst über einen nächsten Schritt wieder entscheiden können. Danach könnten die Feinplanung und die Umsetzung der Zielorganisation oder der punktuellen Zusammenarbeit in Angriff genommen werden.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 9

Verschiedenes

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gemeinderat hat die finalisierte und überarbeitete Fassung der BNO-Revision zur 2. Vorprüfung an den Kanton eingereicht. Es gab zahlreiche Mitwirkungseingaben, welche zu einem grossen Teil berücksichtigt wurden. Der Mitwirkungsbericht kann nicht versendet werden, bis die definitive Vorprüfung durch ist, da daraus möglicherweise noch Widersprüche entstehen könnten. Der Mitwirkungsbericht wird also erst im April/Mai versandt werden. Gleichzeitig wurde auch der Kommunale Gesamtplan Verkehr (KGV) zur Vorprüfung eingereicht. Dazu wird vom 8. Januar bis 26. März 2021 eine Mitwirkung durchgeführt.

Der Gemeinderat hat dem Pumptrack-Vorhaben des Vereins Pumptrack Aarau zugestimmt. Wir haben im Bereich der Suhrenmatte einen Standort gefunden, an dem eine Realisierung möglich wäre. Nun liegt der Ball wieder beim Verein.

Die Einwendungsentscheide zur Signalisation Buchs West wurden letzte Woche versandt. Wir gehen davon aus, dass das Geschäft bis Ende Jahr rechtskräftig wird. Somit können wir die Signalisation nächstes Jahr entsprechend umsetzen. Aufgrund der Einwendungen gab es gewisse Anpassungen und es wurden einige Feinjustierungen vorgenommen.

Die Bachstrasse wird vor Weihnachten wieder aufgehen. Sie ist mehr oder weniger fertig. Das Gelände und der Deckbelag werden erst nächstes Jahr fertig gestellt. Die Bauarbeiten am Doppelknoten beginnen am 25. Januar 2021. Nach vertieften Abklärungen hat der Gemeinderat das Verkehrsregime für den Umbau festgelegt. Die Konten-Baustelle wird in 2 Teilen (2/3 zu 1/3) realisiert, so dass der Binnenverkehr einigermaßen funktioniert. Damit können wir zeitliche Optimierungen schaffen um den Knoten zeitnah fertigzustellen.

Zum Bärenplatz möchte ich noch erwähnen, dass es nicht so ist, wie von Samuel Hasler gesagt wurde. Wir werden keine Befragungen durchführen, sondern einen Prozess mit Workshops. Die Akteure werden dazu eingeladen um eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Wir sind natürlich darauf angewiesen, dass wir dann wirklich physisch zusammenkommen dürfen um zu diskutieren. Das ist der einzige Faktor, welchen wir im Moment nicht beeinflussen können. Ziel bleibt es aber, bis nächsten Herbst eine Lösung zu haben und anschliessend eine Vorlage zu Handen des Einwohnerrats zu verabschieden. Ich befürchte nicht, dass das Jahre in Anspruch nehmen wird.

In der Zeitung konnte man lesen, dass die Implania ihren Werkhof im Gebiet Neubuchs verkaufen will. Es ist eine grosse Fläche bei der Renault-Garage/Entsorgbar von rund 10'000 m² mit Büro und Werkhof. Dieser Werkhof würde sich für unseren Werkhof eignen. Die Ortsbürger haben beschlossen, ein Kaufangebot zu unterbreiten und haben dieses letzte Woche eingereicht. Wenn dieses Geschäft gelingen würde, möchten wir den Werkhof dorthin zügeln. Dies hätte einen Kreditantrag für den Umzug zur Folge. Der alte, marode Werkhof könnte einer neuen Nutzung mit einer höheren Wertschöpfung zugeführt werden. Gestern wurde die Ortsbürgergemeindeversammlung informiert. Es handelt sich um eine Information. Es ist aber offen, ob das Geschäft zu Stande kommt.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Wir haben als Wasserversorger eine Informationspflicht. Letztes Jahr konnte ich sagen, dass das Chlorothalonil Abbauprodukt Chlorothalonil Sulfonsäure gute Resultate gezeigt hat. Der Höchstwert war deutlich unterschritten. Auch bezüglich anderer Pestizide haben sich in den Messungen keine Auffälligkeiten gezeigt. Selbst der Nitratwert war in einem mittleren Mass. Ab diesem

Jahr werden neu weitere Chlorothalonil Metaboliten (Abbauprodukte) mit einem Höchstwert von 0.1 µg/l im Trinkwasser festgelegt. Alle Metaboliten fallen nun als relevant in den Höchstwert. Die breiter angelegte Untersuchungsreihe hat ergeben, dass einer der neu untersuchten Metaboliten einen Wert von 0.27 µg/l hat. Es liegen nun 2 Resultate vor. Der zulässige Höchstwert ist zwar überschritten, aber dieser Stoff besitzt nicht dieselbe toxikologische Eigenschaft wie Chlorothalonil Sulfonsäure und er wird als nicht gesundheitsgefährdend eingestuft. Das Wasser kann also immer noch uneingeschränkt konsumiert werden (Erklärung des Amtes für Verbraucherschutz). Technische Verbesserungsmöglichkeiten wie eine Abschaltung unserer Fassung oder eine Mischung mit den Wasserversorgungen der Nachbargemeinden bringt keine Senkung, da das Trinkwasser praktisch aus dem gleichen Grundwasserstrom, dem Suhretalergrundwasser, gefördert wird. Durch die mehr oder weniger starke landwirtschaftliche Tätigkeit in diesem Gebiet ist das Wasser überall mit Pestiziden belastet. Wir werden diese Analysen weiter durchführen und hoffen, dass das seit 01.01.2020 eingeführte Anwendungsverbot von Chlorothalonil bald eine Wirkung zeigt. Die Wasserqualität kann online unter www.wasserqualität.ch eingesehen werden.

Informationen von Herrn Präsident Markus Notter:

Verabschiedungen

FDP	Barbara Gurtner	Mitglied vom 01.01.2014 bis 31.12.2020 Mitglied der Einbürgerungskommission vom 1. Januar 2014 bis 27. Juni 2017	7 Jahre 3 ½ Jahre
SVP	Jasmin Maron	Mitglied vom 01.01.2014 bis 31.12.2020	7 Jahre

Der Samichlaus ist gekommen, da wir dieses Jahr weder den Antritts- noch den Schlussapéro durchführen konnten. Danke für euren Einsatz.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 30. März 2021 statt.

Schlusswort

Wir hatten ein schwieriges Jahr. Mit einer solchen Pandemie konnte niemand rechnen. Ich bitte um eine stille Minute in Gedenken an alle, die dieser Pandemie erlegen sind, sowie an alle anderen Freunde, Verwandten und Bekannten, die wir dieses Jahr verloren haben.

Ich wünsche allen schöne, besinnliche und erfreuliche Festtage und Gesundheit. Euch, euren Familien, Freunden und Bekannten. Alles Gute.

Dank

Der Präsident dankt allen die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 8. Dezember 2020

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Markus Notter

Nicole Keusch